

## Stärkung des Wach- und Wechseldienstes ist überfällig

**Gibt es in NRW rechtsfreie Räume? Gebiete, in denen nach außen abgeschottete Gruppen ihr eigenes Recht durchsetzen wollen, auch gegenüber der Polizei? Von Rockergruppen ist das seit Langem bekannt, auch von Jugendgangs und von der gewaltbereiten Fanszene. Aber inzwischen mehren sich die Alarmsignale: Was lange als Ausnahmeerscheinung galt, wird immer öfter zur Regel. Immer häufiger werden in NRW Polizisten und Rettungskräfte wahllos angegriffen, nur weil sie ihren Dienst machen, wie zuletzt in Aachen.**

Freitag, 25. Oktober: Gegen 19.00 Uhr entdeckt die Besatzung eines Aachener Streifenwagens einen mit Haftbefehl gesuchten Straftäter. Einer der Kollegen nimmt zu Fuß die Verfolgung auf, die beiden anderen von Streifenwagen aus. Die Beamten verlieren kurz-

fristig den Sichtkontakt zu einander. Plötzlich wird der Kollege, der zu Fuß die Verfolgung des Gesuchten aufgenommen hat, von 10 bis 15 Personen umringt. Sie beschimpfen und bedrohen ihn. „Scheiß Bulle, bleib stehen. Wir kriegen dich und hauen dich kaputt“, droht die Meute. Dem Kollegen gelingt die Flucht. Er fordert Verstärkung

an, doch auch die bald darauf eintreffenden 15 Verstärkungskräfte müssen sich schließlich zurückziehen, weil die Gegenseite auf 50 bis 60 aggressiv auftretende Personen angewachsen ist.

„Ein Glück, dass der geflüchtete Kollege jung und sportlich ist. Ich will mir nicht vorstellen, was hätte passieren können, wenn hier ein fast 60-jähriger Streifenbeamter im Einsatz gewesen wäre“, erklärt nach dem Vorfall der Aachener GdP-Vorsitzende Willi Jentsch gegenüber den örtlichen Medien. Dabei ist der Aachener Vorfall längst kein Einzelfall. Mal fahren, wie

zuletzt in Bonn, Rocker unter den Augen der Polizei bei Rot über etliche Ampeln, um ihre Macht zu demonstrieren, mal wird einem Streifenwagen bei einem Notfalleinsatz von alkoholisierten Jugendlichen die Durchfahrt durch einen Stadtteil verwehrt, wie in

treten (43 Prozent) oder angespuckt (28 Prozent). Das geht aus einer Studie des Kieler Psychologen Prof. Dr. Thomas Bliesener hervor, der im vergangenen Jahr im Auftrag von Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Polizistinnen und Polizisten in NRW nach ihren Erfahrungen mit Gewalt befragt hat.

18 356 Polizisten haben sich an der Befragung beteiligt. Die Studie könnte deshalb wichtige Hinweise geben, wie sich die zunehmende Gewalt gegen Polizisten eindämmen lässt. Veröffentlicht hat Innenminister Jäger die Studie dennoch bis heute nicht. Und das, obwohl die Kieler Studie umfangreiches Datenmaterial enthält, zum Beispiel zum

Einsatzanlass, zu Zeitpunkt und Form des Angriffes, zum Dienstalster und Geschlecht der angegriffenen Polizisten und zu den Tätern.

Würde Jäger die Daten veröffentlichen, könnten daraus wichtige Erkenntnisse für die Planung künftiger Einsätze abgeleitet werden. Aber auch mehr als anderthalb Jahre nach Abschluss der Befragung steht noch immer nicht fest, wann der inzwischen vorliegende Abschlussbericht veröffentlicht wird. Daten zu den Übergriffen auf die Polizei gibt es deshalb in



Dortmund. Und immer wieder ist eine Gruppe besonders betroffen: die Mitglieder des Wach- und Wechseldienstes. In 85 Prozent aller Angriffe auf die Polizei sind sie die Opfer.

### GdP drängt auf Veröffentlichung der Gewaltstudie

Vier von fünf Polizisten in NRW, die regelmäßig Bürgerkontakt haben, sind 2011 mindestens einmal angegriffen worden, 7465 sogar tödlich. Sie werden bedrängt, geschupst und gestoßen (76 Prozent), geschlagen (47 Prozent), ge-

→ Seite 2

## Fahrt die Polizei nicht vor die Wand!



Bis 2020 gehen der Polizei in NRW aufgrund der demografischen Entwicklung nochmals 600 Kolleginnen und Kollegen verloren. Bis 2025 sind es sogar mehr als 3700. Vor den Folgen dieses personellen Kahlschlags hat die GdP immer wieder gewarnt. Deshalb haben wir im Frühjahr unsere Initiative Polizei 2020 gestartet und damit eine Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1500 erst möglich gemacht. Trotzdem: Der Ernst der Lage scheint sich noch nicht überall herumgesprochen zu haben, vor allem nicht in den Führungsetagen des Innenministeriums. Da werden Durchhalteparolen ausgege-

ben, statt endlich Handlungskonzepte zu entwickeln, die die Polizei zukunftsfest machen!

Dabei gilt es eigentlich keine Zeit zu verlieren. Denn auch die Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1500 eröffnet nur ein Zeitfenster von zwei Jahren, die Politik und Innenministerium nutzen müssen, um endlich zu entscheiden, welche Aufgaben die Polizei in Zukunft noch wahrnehmen soll, welche Aufgaben an andere Behörden übertragen werden können, und vor allem wie viel Personal die Polizei braucht, um in Zukunft die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger noch gewährleisten zu können. Das ist Kernarbeit im Detail. Denn das Innenministerium muss nicht nur eine Antwort auf die auf die Polizei zurollende Pensionierungswelle finden, sondern zum Beispiel auch auf die wachsende Zahl verwendungseingeschränkter Kolleginnen und Kollegen und auf den noch immer viel zu hohen Krankenstand. Deshalb nutzt es auch nichts, wenn interne Analysen erst einmal in den Giftschrank verbannt werden, wie zuletzt bei der Gewaltstudie und beim Abschlussbericht der AG Verwendungseinschränkung.

Was das Nichtstun des Innenministeriums für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen heißt, die jeden Tag vor Ort für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ihren Kopf hinhalten, lässt sich schon jetzt wie in einem Brennglas nicht nur an der dramatischen Arbeitsüberlastung in den Kriminalkommissariaten und in den Verwaltungsdiensten der Polizei beobachten, sondern auch im Wach- und Wechseldienst – da, wo es wirklich weh tut. Deshalb brauchen wir endlich ein überzeugendes Handlungskonzept, sonst fährt die Polizei vor die Wand.

**Arnold Plickert, Landesvorsitzender**

Fortsetzung von Seite 1

NRW nach wie vor nur auf der Basis des Lagebilds Gewalt gegen Polizeibeamte des LKA. Dessen Erkenntnisse sind aber begrenzt, weil in das Lagebild nur die Datensätze einfließen, die im Rahmen von IGVP erhoben werden.

Die GdP fordert deshalb, dass die Kieler Gewaltstudie endlich veröffentlicht wird. Fast 20 000 Polizisten haben sich freiwillig an der Befragung beteiligt. Auch die GdP hatte immer wieder dafür geworben. „Unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Studie in der Hoffnung unterstützt, in Zukunft besser gegen Angriffe geschützt zu werden. Deshalb haben sie auch ein Recht darauf, endlich zu erfahren, zu wel-

chen Erkenntnissen die Studie gekommen ist“, betont GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert.

Zudem fordert die GdP, dass die Situation des Wach- und Wechseldienstes der Polizei grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt wird. „Der Wach- und Wechseldienst prägt das Kerngeschäft der Polizei. Für die Bürger ist er die Visitenkarte der Polizei, denn es sind die Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes, die als Erste vor Ort sind, wenn die Menschen unsere Hilfe brauchen. Aber in der strategischen Planung des Innenministeriums spielt der Wach- und Wechseldienst keine Rolle“, kritisiert Plickert. Schlimmer noch: In den vergangenen Jahren wurde der Wach- und Wechseldienst immer wieder als

stille Planungsreserve missbraucht, wenn es irgendwo anders bei der Polizei gebrannt hat. Das erklärt auch, warum inzwischen manche Dienststellen in NRW in den Nachtstunden nur noch mit einem oder höchstens zwei Einsatzfahrzeugen besetzt sind. Und warum es, wenn die Kollegen bei Einsätzen überraschend angegriffen werden, manchmal schwierig ist, rechtzeitig Verstärkungskräfte heranzuführen. Die GdP fordert deshalb, dass bei der von der Politik angekündigten grundsätzlichen Aufgabenkritik der Polizei auch die Anforderungen des Wach- und Wechseldienstes berücksichtigt werden. „Geschieht das nicht, geht das sofort zulasten der Sicherheit Bürger“, warnt Plickert.

### Überzeugendes Gesamtkonzept fehlt

Eine Erkenntnis, die sich offenbar noch nicht bei allen Führungskräften im Innenministerium herumgesprochen hat. In der Rede, die Abteilungsleiter Wolfgang Düren Anfang September während der diesjährigen Führungstagung der Polizei gehalten hat, kommt die Situation des Wach- und Wechseldienstes gar nicht vor. Zum dramatischen Stellenabbau, der der Polizei in NRW in den kommenden Jahren droht, stellt Düren lediglich fest: „Auf diese Situation werden sich alle Behörden schon heute vorbereiten müssen. Denn der Abschmelzungsprozess beginnt schon im Jahre 2016. Jede Behörde und jede Direktionsleitung muss Vorstellungen entwickeln, wie man die operativen Kernaufgaben auch unter diesen Bedingungen aufrecht erhält.“ Zudem kündigte Düren an, dass das Innenministerium prüfen werde, welche zentralen Möglichkeiten es gibt, Ressourcen einzusparen und Prioritäten zu setzen. Auf die Teilnehmer der Führungskräfte hat die Rede eher den Eindruck einer Blut-, Schweiß- und Tränenrede gemacht, statt eines überzeugenden Konzepts. Zu diesem Eindruck passt auch, dass das Innenministerium noch immer nicht den längst vorliegenden Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Verwendungseinschränkung veröffentlicht hat. Düren erklärte dazu lediglich: „Es handelt sich um ein komplexes Werk“, und ergänzte: „Wir haben uns noch keine abschließende Meinung über [die] Analyse und Vorschläge gebildet.“



# Nachwuchswerbung endlich optimieren und forcieren

**Auch in Zeiten sinkender Schulabgänger hat NRW in den nächsten Jahren kein Problem, unter den Abiturientinnen und Abiturienten und den jüngeren Berufstätigen mit abgeschlossener Berufsausbildung genügend gut qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Rahmenbedingungen bei der Polizei nicht weiter abgesenkt werden und dass das Innenministerium seine Bemühungen, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, endlich auf ein breiteres Fundament stellt.**

Hauptzielgruppe der bisherigen Werbekampagnen waren die Schulabgänger mit Fachhochschulreife bzw. Abitur. Junge Leute, die ihre Hochschulzugangsberechtigung durch eine Berufsausbildung erworben haben, wurden hingegen nicht gezielt beworben. Dabei ist gerade diese Gruppe für die Polizei interessant, weil sich die bei der Berufsausbildung erworbene Fachkompetenz auch für den Dienst bei der Polizei nutzen lässt. Das gilt insbesondere für kaufmännische, soziale und IT-Berufe. Dass diese Zielgruppe das Kriterium der Studierfähigkeit mitbringen muss, versteht sich dabei von selbst.

Hinzu kommt, dass Bewerber mit Berufsausbildung in der Regel älter sind als die gleichzeitig eingestellten Kolleginnen und Kollegen, die direkt nach der Schule zur Polizei gekommen sind. Würden mehr junge Leute mit Berufsausbildung eingestellt, ließe sich die asymmetrische Altersstruktur bei der Polizei zumindest abmildern, denn ab 2030, wenn ein Großteil der einstellungstarken Jahrgänge in den Ruhestand gegangen ist, wird es bei der Polizei nur wenige Kolleginnen und Kolleginnen in der mittleren Altersgruppe geben.

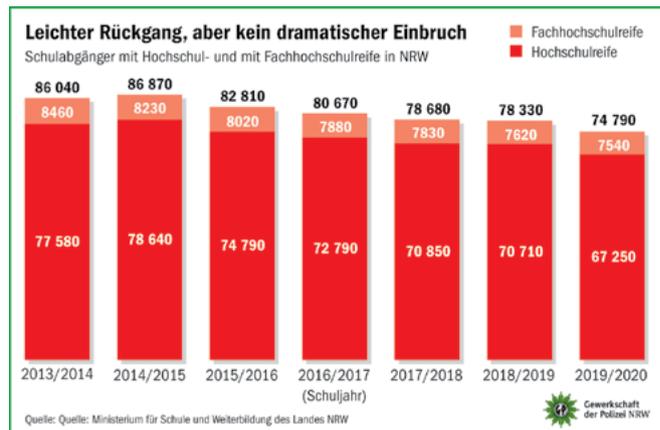
Das Potenzial von Interessenten mit Berufsausbildung für die Polizei zu erschließen, ist deshalb nicht nur sinnvoller, sondern auch schneller umsetzbar, als in NRW neue Schulklassen für die Weiterqualifizierung von Schülerinnen und Schülern mit FOS-Reife zu implementieren. Das Modell von Rheinland-Pfalz, junge Menschen über einen mehrjährigen Berufsschulkurs für den Polizeiberuf fit zu machen, bevor sie mit der eigentlichen Polizeiausbildung beginnen, ist unökonomisch. Es bringt zudem keine nennenswerten zusätzlichen Bewerberzahlen, im Gegenteil: Die Polizei müsste die Interessenten nicht nur mit Praktikumsplätzen versorgen, sondern auch Lehrpersonal für ihre schulische Ausbildung zur Verfügung stellen, ohne zu wissen, ob die Teilnehmer der Kurse die Schulausbildung am Ende überhaupt erfolgreich abschließen werden. Besser wäre es, diesen potenziellen Bewerberkreis gezielt auf die zahlreichen Möglichkeiten zum Erwerb der Fachhochschulreife hinzuweisen und sie auf dem Weg dorthin werbemäßig zu begleiten.

Dass die Öffnung für Realschüler ein Irrweg ist, zeigt auch ein Blick auf die Zahlen. Zwar geht in NRW die Zahl der Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife bis 2020 leicht auf 75 000 pro Jahr zurück, aber das ist angesichts von aktuell 1500 Neueinstellungen keine besorgniserregende Zahl: In den letzten vier Jahren stieg die Zahl der jungen Menschen, die sich in NRW für den Polizeiberuf beworben haben, von 7527 für das Einstellungsjahr 2011 auf 8361 für das Einstellungsjahr 2014. 7392 davon haben alle erforderlichen Unterlagen beigebracht, sodass sie in das Auswahlverfahren eintreten

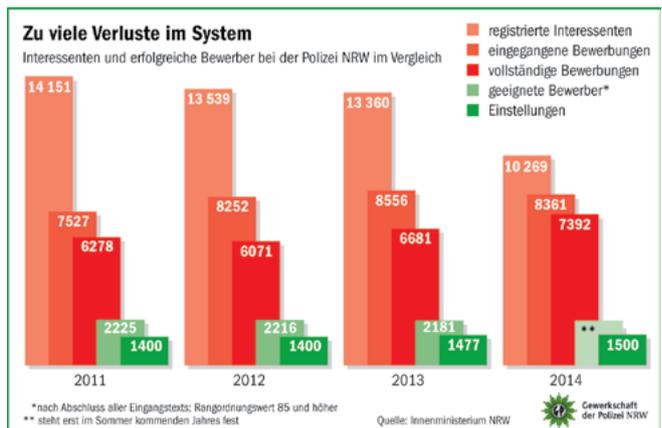
konnten. Vier Jahre zuvor lag die Zahl noch bei 6278, 1100 weniger als heute.

Das zeigt: Die Diskussion über eine angeblich nicht ausreichende Zahl von Bewerbern geht an der Realität vorbei. Als Bezugsgröße für die Frage, ob die Polizei in NRW genügend qualifizierte Nachwuchskräfte findet,

→ Seite 4



**Die Zahl der Abiturienten geht in NRW in den kommenden Jahren zwar leicht zurück, von 77 580 auf 67 250, aber sie bricht nicht dramatisch ein. Zudem können sich auch die mehr als 7500 Schulabgänger mit Fachhochschulreife bei der Polizei bewerben.**



**Trotz des verschärften Wettbewerbs mit anderen Branchen kann die Polizei in NRW ihre Kommissaranwärterinnen und -anwärter seit Jahren konstant aus einem Pool von 2200 Bewerberinnen und Bewerbern auswählen, die zuvor in einem mehrstufigen Auswahlverfahren sämtliche Leistungsanforderungen erbracht haben.**



Fortsetzung von Seite 3

dürfen zudem nicht die 2200 Bewerberinnen und Bewerber genommen werden, die am Ende aller Einstellungsstests einen Rangordnungswert von mindestens 85 erreicht haben, sondern diejenigen, die sich zu Beginn des Prozesses im Bewerberportal der Polizei beworben haben, und dass waren in den letzten Jahren deutlich über 10 000.

Hinzu kommt, dass die Zahl der geeigneten Bewerber, die alle Einstellungs Voraussetzungen gemeistert haben, seit Jahren nahezu konstant bei 2200 liegt, und das wird aller Voraussicht nach auch beim Einstellungsjahrgang 2014 so sein. Auch im kommenden Jahr wird die Polizei deshalb erneut vor der Situation stehen, dass sie einen Teil der jungen Menschen, die alle Voraussetzungen für eine Einstellung bei der Polizei mitbringen, aufgrund der Bestenauslese nicht einstellen kann. Würden durch organisatorische Fehler im Ausleseverfahren nicht so viele Bewerber verloren gehen, läge diese Zahl sogar noch höher (Grafik).

Als Haupthemmnisse bei den letzten Werbekampagnen kristallisiert sich das enorm verbürokratisierte Bewerbungsverfahren und die langen Wartezeiten bis zur Einstellungsentscheidung heraus. Beides wird seit Jahren nicht nur von den Bewerbern, sondern auch von den Personalwerbern und von der GdP kritisiert, ohne dass das Innenministerium die Kritik bislang aufgegriffen hat. Andere Bundesländer und private Mitbewerber sind da deutlich besser aufgestellt.

Innenminister Ralf Jäger muss hier endlich klare Vorgaben machen, damit die Ministerialbürokratie und das LAFP die konstruktive Kritik endlich aufgreifen. Hierzu gehört auch eine zeitgemäße und professionelle Medienwerbung. Als erste Schritte sollten die Personalwerber in den Kreispolizeibehörden wieder stärker in den Bewerbungsprozess eingebunden werden, die Zielgruppe mit Berufsausbildung beworben, das gesamte Verfahren gestrafft werden und die Einstellungsversprechen schneller erfolgen. Beispielsweise könnte der Rangplatz über die individuelle Bewerbernummer tagesaktuell im Bewerberportal sichtbar dargestellt werden. Nur so können gute Bewerber gehalten werden, anstatt sie monatelang zu verströmen.

## Widerspruch erforderlich, weil Karlsruhe kneift

Auch im zehnten Jahr nach der Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe es nicht geschafft, in dem schwelenden Rechtsstreit über die Rechtmäßigkeit der Kürzung zu entscheiden. Selbst bei der Festsetzung eines Termins scheint der zuständige Senat überfordert zu sein. Deshalb empfiehlt die GdP allen Beamtinnen und Beamten, die bereits vor dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung am 30. 11. 2003 in einem Beamtenverhältnis beschäftigt waren, Widerspruch gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes einzulegen. Dadurch wird im Falle einer erfolgreichen Musterklage der Rechtsanspruch auf ungekürztes Weihnachtsgeld gewahrt.

Der Widerspruch muss schriftlich erfolgen. Wie in den Vorjahren auch hat Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) das LBV angewiesen, die entsprechenden Anträge auf

Zahlung der ungekürzten Sonderzahlung bis zu einer abschließenden gerichtlichen Entscheidung im Musterverfahren ruhend zu stellen. Auf die Einrede der Verjährung wird verzichtet (B 2104-52.1.2-IV 1).

Der Antrag muss bis zum 31. 12. 2013 beim LBV eingegangen sein. Musteranträge sind ab Ende November auf der Homepage des Landesbezirks zu finden und über die Kreisgruppen erhältlich.



**Noch immer nicht eingelöst: die Forderung der GdP nach Zahlung des ungekürzten Weihnachtsgeldes.**

## GdP-Bildungsprogramm 2014: Anmeldung ab sofort möglich

Eine bunte Mischung aus bewährten und neuen Ansätzen findet sich im Seminarangebot des GdP-Landesbezirks für das kommende Jahr. Neu im Programm: Neben den Foren zur Kriminal- und zur Verkehrspolitik gibt es 2014 erstmals auch ein eigenes Schichtdienstforum (20. Februar, Düsseldorf). Es soll in Zukunft jedes Jahr stattfinden. Zudem sind neue Themen in das Bildungsprogramm eingeflossen, darunter das Seminar Umweltkriminalität und Korruption (22. bis 24. Oktober, Mülheim/Ruhr). Wichtig für angehende Rentner und Pensionäre: Wegen der großen Nachfrage hat der Landesbezirk die Kapazitäten für das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ nochmals erhöht.

Auch Klassiker der gewerkschaftlichen Bildung, wie die Seminare zum Thema Migration/Integration, Rechtsextremismus, Europa, und das Hotline-Seminar zur aktuellen Landespolitik, finden sich erneut im Bildungsprogramm wieder. Ein besonderer Schwerpunkt liegt im kommenden Jahr zudem erneut auf den Seminaren für die Personalräte. Für ganz Aktive startet am 6. Mai die neue Staffel der Gewerkschaftsakademie.

Wichtig: Alle Seminare sind sonderurlaubsfähig und für GdP-Mitglieder kostenlos.

Mehr Infos gibt es in dem beiliegenden Bildungsprogramm 2014, auf der Homepage des GdP-Landesbezirks und bei der Abteilung Bildung:

Telefon: 02 11/2 91 01-42 /-14

E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de, christel.schmeling@gdp-nrw.de



# Wir wollen mehr Junge Gruppen vor Ort

Fragen an den neuen Landesjugendvorsitzenden der GdP

**Am 25. Oktober haben die Mitglieder der Jungen Gruppe auf der Landesjugendkonferenz in Münster einen neuen Landesjugendvorstand gewählt. Die Redaktion hat den neuen Landesjugendvorsitzenden Ernst Herget nach den Arbeitsschwerpunkten für die kommenden vier Jahre gefragt.**

Mit der Wahl hat sich der Vorstand der Jungen Gruppe deutlich verjüngt. Ändern sich dadurch auch die Arbeitsschwerpunkte?

*Nicht unbedingt. Wir wollen uns vor allem auf die Perspektiven der jungen Kolleginnen und Kollegen konzentrieren, und das hat auch schon der alte Vorstand gemacht. Aber unsere Konferenz hat uns ein paar interessante Arbeitsaufträge mit auf den Weg gegeben. Wir wollen zum Beispiel versuchen, den Wunsch vieler junger Kolleginnen und Kollegen, ihr Abschlusspraktikum in den EFTA-Staaten zu absolvieren, durchzusetzen. Und wir werden uns natürlich um die Frage kümmern, wie die Polizei eine hohe Qualität in der Ausbildung und im Studium gewährleisten kann. Umstellungen im Bachelor-Studiengang führen meist zu Ausfallzeiten, in denen Studierende wegen fehlender Ressourcen beim LAFP und bei der Fachhochschule Zwangsurlaub nehmen müssen. Damit die Ausfallzeiten nicht zum Dauerbrenner werden, wollen wir als Junge Gruppe Alternativen aufzeigen.*

Die Verbesserung der Studienbedingungen hat sich die gesamte GdP auf die Fahnen geschrieben hat. Welchen Beitrag kann die Junge Gruppe dazu leisten?

*Für uns ist ganz wichtig, dass wir eng mit dem Vorstand zusammenarbeiten, aber wir sind als Sprachrohr der Studierenden oft näher am Geschehen dran. Zudem können wir bei der Lösung der Probleme auch das Studierendenparlament mit einbeziehen. Eine Idee von uns ist, dass Studierende, die ein Modul nicht bestanden haben, dieses zu einem späteren Zeitpunkt wiederholen können. Darüber hinaus sollte der Klausurjoker mehr Akzeptanz erfahren. Die Junge Gruppe kann zudem in der Fläche Nachhilfekurse organisieren, die über die bisherigen Klausur-Checks der*

*GdP hinausgehen. Auf der Landesebene ist die Junge Gruppe gut aufgestellt. Wie sieht es mit der Präsenz in der Fläche aus?*

*Gute Gewerkschaftsarbeit funktioniert nur mit einem hohen Organisationsgrad. In vielen Behörden wird von den jungen Kolleginnen und Kollegen eine gute Arbeit geleistet, ohne*

*dass es vor Ort eine Junge Gruppe gibt. Wir wollen deshalb die jüngeren GdP-Mitglieder animieren, sich auch vor Ort als Junge Gruppe zusammenzuschließen. Dabei können wir Starthilfe geben, z. B. bei der Organisation von Veranstaltungen, Partys oder Klausur-Checks. Darüber hinaus wollen wir stärker als zuvor neue Medien wie Facebook nutzen. Örtliche Junge Gruppen sollen über eine gemeinsame Seite für ihre Aktionen und Veranstaltungen werben können. Sie sollen aber auch die Möglichkeit erhalten, Meinungen zu diskutieren und kundzutun.*

## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 7. 12. Siegfried Fulland, Bochum
- 12. 12. Ernst Lotz, Köln
- 13. 12. Hermine Brinkmann, Wuppertal
- Ruth Gorgs, Dortmund
- 26. 12. Maria Wöllner, Erfstadt

### 91. Geburtstag

- 3. 12. Bernhard Rottmann, Nottuln
- 13. 12. Werner Steinfeld, Köln
- 14. 12. Gerhard Hesse, Münster
- 18. 12. Willibald Kuß, Gelsenkirchen
- 19. 12. Eduard Johannesmann, Münster
- 26. 12. Johannes Franzpötter, Beckum
- 31. 12. Erich Voessing, Warburg

### 92. Geburtstag

- 1. 12. Hans Trebels, Erkelenz
- 3. 12. Agnes Lerch, Bochum
- 4. 12. Friedrich Mess, Essen
- 14. 12. Hans Mertens, Essen
- 19. 12. Elisabeth Ikier, Selm
- 20. 12. Johann Ludwig, Düsseldorf
- 21. 12. Edith Eich, Bottrop

### 93. Geburtstag

- 3. 12. Ilse Martin, Wuppertal
- Hans Selonke, Rhauerfehn
- 4. 12. Ilse Wörmann, Bielefeld
- 5. 12. Gerhard Schwarz, Haan
- 7. 12. Paul Landmesser, Gladbeck
- 17. 12. Horst Grannich, Selm
- 20. 12. Else Moeller, Witten
- 22. 12. Heinrich Buchholz, Oberhausen
- 23. 12. Liesbeth Rauscher, Beverungen

- 29. 12. Erna Laatsch, Hagen
- 30. 12. Herbert Lowin, Mönchengladbach, Wilhelm Reese, Bochum

### 94. Geburtstag

- 1. 12. Fritz Thrun, Bad Homburg
- 3. 12. Elsbeth Vach, Groß-Umstadt
- 6. 12. Maria Liehr, Dortmund
- 10. 12. Elsbeth Glaubitz, Duisburg
- 12. 12. Lieselotte Pauluhn, Koblenz
- 17. 12. Robert Casselmann, Simmerath
- 19. 12. Ursula Welling, Düsseldorf
- 25. 12. Ella Müller, Nettetal
- 26. 12. Richard Stellmacher, Gelsenkirchen
- 28. 12. Frieda Laake, Rheda-Wiedenbrück
- 30. 12. Ursula Spielmann, Siegburg

### 96. Geburtstag

- 11. 12. Emilie Schüler, Bochum

### 97. Geburtstag

- 12. 12. Hugo Timmer, Essen
- 17. 12. Emilie Erika Witzel, Bochum
- 19. 12. Ewald Kasper, Düsseldorf

### 98. Geburtstag

- 5. 12. Gerda Laub, Köln

### 99. Geburtstag

- 18. 12. Friedrich Koch, Daun

### 100. Geburtstag

- 5.12. Rudolf Horstkotte, Bielefeld

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





# 2013 – ein Rück

++++ Kein anderes Ereignis sollte das Jahr so prägen wie die **Tarifauseinandersetzung für den öffentlichen Dienst**. Dass die Auseinandersetzung hart werden wird, stand schon lange vor dem Jahresbeginn fest. Dass Hannelore Kraft später ihr Versprechen, den Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, brechen würde, ist aber noch weit weg, als sich am **31. Januar** Länder und Gewerkschaften erstmals in Potsdam treffen. +++++ Unmittelbar nach dem Beginn der Tarifrunde startet der Landesbezirk am **4. Februar** in Düsseldorf seine **Initiative Polizei 2020**. Innerhalb weniger Tage folgen mehr als 100 Aktionen in ganz NRW. Von Aachen bis Bielefeld, vom Kreis Steinfurt bis zum Rhein-Sieg-Kreis.

Und überall lautet die zentrale Botschaft: Wenn die Zahl der Neueinstellungen nicht auf 1500 steigt, müssen schon bald überall in NRW Wachen geschlossen und Schichten radikal zusammengestrichen werden. +++++ Die Verhandlungen in Potsdam ziehen sich endlos hin. **10 000 Beschäftigte** von Polizei und Feuerwehr, Schulen, Finanzämtern und Gerichten **legen am 6. März die Düsseldorfer Innenstadt lahm**. Sie wollen endlich ein Angebot der Arbeitgeber sehen. Zwei Tage später steht die Einigung: Rückwirkend zum 1. Januar 2013 gibt es 2,65 Prozent, am 1. Januar 2014 folgen weitere 2,95 Prozent. +++++ Gelöst sind damit die Probleme bei der Polizei noch lange nicht. Am **8. März, dem Internationalen Frauentag**, machen die GdP-Frauen mit einer Plakataktion am Düsseldorfer Hauptbahnhof auf die **drohende Altersarmut bei Frauen** aufmerksam und fordern „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ auch bei der Polizei. +++++ Der 18. März beginnt mit einem Paukenschlag. Allen anderslautenden Versprechungen zum Trotz will die rot-grüne Landesregierung den Tarifabschluss nur bis A 10 eins zu eins auf die Beamten übertragen. Ab A 11 soll es nur ein Prozent mehr geben, ab A 13 gar nichts. Nur zwei Tage später, am **20. März**, steht die erste **Mahnwache der GdP vor dem Düsseldorfer Landtag**. Ihr folgen zahlreiche Protestaktionen in ganz NRW. Immer wieder müssen sich Hannelore Kraft, Innenminister Ralf Jäger und die anderen Kabinettsmitglieder für ihren Wortbruch rechtfertigen. Auch die Lehrer und die Richter gehen auf die Straße. +++++ Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Am **18. April** beschließt die GdP auf einem **außerordentlichen Landesdelegiertentag** in Dortmund eine Verkleinerung ihrer Delegiertentage. Überall dort, wo es in Polizeibehörden mehrere Kreisgruppen gibt, sollen zudem in den nächsten Jahren gemeinsame Kreisgruppen entstehen. +++++ Weil Rot-Grün bei der Übernahme des Tarifabschlusses hart bleibt, ruft die GdP gemeinsam mit ver.di und der Bildungsgewerkschaft GEW für den **15. Mai** zu einer erneuten Großdemonstration nach Düsseldorf auf.

Mehrere Tausend Gewerkschaftsmitglieder warnen die Landesregierung vor den Folgen ihres Wortbruchs. +++++ Nicht nur auf der Straße gärt es, sondern auch in Dienststellen der Poli-



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

#### Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

#### Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

#### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die Januar-  
Ausgabe ist der 3. Dezember 2013.

#### GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-reiseservice.de](mailto:penguin@gdp-reiseservice.de)





# blick in Schlagzeilen

zei. In kurzer Zeit beteiligen sich fast 20 000 Polizistinnen und Polizisten aus ganz NRW an einer von der GdP initiierten **Unterschriftenkampagne** für die Übernahme des Tarfergebnisses für alle Beamten. Als die Unterschriften am **21. Mai** an Innenminister Ralf Jäger (SPD) übergeben werden, lädt die GdP dazu auch die Vorsitzenden von DPoLG und BDK ein. ++++ Nicht nur der Protest, sondern auch Polizeithemen prägen 2013 immer wieder die Aktionen der GdP. Für den **4. Juni** lädt sie ihre Mitglieder zu einem **Rockerforum** nach Düsseldorf ein. Das Medienecho ist überwältigend. ++++ Nach harten Verhandlungen mit dem Innenministerium stimmt der Hauptpersonalrat der Polizei am **25. Juni** dem Entwurf für den **Erllass für den Nachersatz** bei der Polizei zu. Der GdP gelingt es, eine einseitige Bevorzugung einzelner Direktionen zulasten aller anderen Arbeitsbereiche der Polizei zu verhindern. ++++ Die Weigerung der Landesregierung, den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes für alle Beamten zu übernehmen, ist nicht nur unsozial, sondern auch verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kommt der renommierte **Rechtswissenschaftler Ulrich Battis** in einem Gutachten, das GEW und GdP gemeinsam am **10. Juli** vor der **Landespressekonferenz** präsentieren. ++++ Nur wenige Tage später peitscht Rot-Grün das Besoldungsanpassungsgesetz trotzdem durch den Landtag. Die **GdP kündigt daraufhin Klagen an**. ++++ **Ende Juli** legt die **AG Verwendungseinschränkung** polizeintern ihren **Abschlussbericht** vor. Mit erschreckenden Zahlen: 4234 Polizistinnen und Polizisten in NRW sind verwendungseingeschränkt, 2528 sogar dauerhaft. Offiziell veröffentlicht ist der Bericht trotzdem bis heute nicht. ++++ Am **1. September** werden in NRW erstmals 1477 **Kommissaranwärterinnen und -anwärter** eingestellt. Einen Erfolg, den es ohne die GdP-Initiative „Polizei 2020“ nicht gegeben hätte. Der Landtag hatte dazu eigens den von Rot-Grün eingebrachten Haushaltsentwurf für 2013 noch einmal geändert. Ab 2014 sollen es sogar 1500 Anwärter sein. ++++ Die GdP ist eine Gewerkschaft für alle Beschäftigten der Polizei, auch für den höheren Dienst. Am **6. September** verabschieden fast 200 Mitglieder des höheren Dienstes auf einer GdP-Tagung eine **Resolution zur Zukunft des höheren Dienstes** ++++ Am **17. September** reichen die CDU- und die FDP-Fraktion gemeinsam mit zwei Abgeordneten der Piraten-Partei ihre schon länger angekündigte **Normenkontrollklage gegen das Beamtenbesoldungsanpassungsgesetz** ein. Fünf Tage später kommt die SPD bei der Bundestagswahl in NRW nur auf 31,9 Prozent. Das Ergebnis ist auch eine Folge des Wortbruchs bei der Beamtenbesoldung. ++++ Der **Oktober** steht bereits ganz im Zeichen des heraufziehenden Landesdelegiertentags 2014. Die **Frauengruppe**, die **Seniorengruppe** und die **Junge Gruppe** wählen auf eigenen Delegiertentagen ihre Vorstände für die kommenden vier Jahre und beschließen Anträge an den Landesdelegiertentag. Auch die Tarifbeschäftigten treffen sich zu ihrem alle vier Jahre stattfindenden Tarifforum. ++++ **Tatwaffe Auto? Aggression im Straßenverkehr** – unter diesem Motto steht am **21. November** das vierte Verkehrsforum der GdP. Erneut gelingt es ihr, mit dem Forum einen Beitrag zur Stärkung der Verkehrssicherheit zu leisten. ++++



## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Bielefeld

2. Dezember, Seniorentreffen, Treffpunkt: 15.00 bis 17.00 Uhr, Gaststätte Hollmann, Otto-Brenner-Str. 77, 33607 Bielefeld, zukünftig werden die Seniorentreffen auf dem 1. Dienstag in den geraden Monaten stattfinden. 1. Treffen am Dienstag, 4. Februar 2014.

### Kreisgruppe Bottrop

13. Dezember, Weihnachtsausflug der Pensionäre, Hinterbliebenen und deren Freunde zum bäuerlichen Weihnachtsmarkt nach Marbeck-Heiden. 5 € bzw. 15 € für Nichtmitglieder inkl. Kaffeetafel und Abendessen. Da eine Anmeldung erforderlich ist, wird dieser Personenkreis persönlich angeschrieben. Treffpunkt: Wache Gladbeck 13.30 Uhr, Wache Bottrop 13.45 Uhr.

### Kreisgruppe Düren

4. Dezember, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Restaurant

Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach.

### Kreisgruppe Gelsenkirchen

9. Dezember, Seniorenweihnachtsfeier, Gesang: Quartett „Klang Pur“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Polizeipräsidium Gelsenkirchen-Buer, Rathausplatz 4, Nebenraum der Kantine, 45838 Gelsenkirchen, Anmeldung erwünscht bei Kerstin Kowalewski, Telefon: 02 09/3 65-30 03.

### Kreisgruppe Heinsberg

12. Dezember, Senioren und ihre Angehörigen treffen sich zur vorweihnachtlichen Feier bei Kaffee und Kuchen, Anmeldung unter 0 24 31/58 80 oder 0 24 52/92 02 00, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Haus Sodekamp-Dohmen GbR, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven-Hilfarth.

### Kreisgruppe Unna

18. Dezember, Senioren-Weihnachtsfeier, Treffpunkt: Cafe Bistro

## Glücksnummern des Monats

45 22493  
Sebastian Müller, Duisburg  
45 18270  
Lena Spreemann, Köln  
45 18587  
Yara Wilmes, Düsseldorf  
45 21384  
Robin Lisec, Duisburg

Die Gewinner erhalten die Spardose „Polizeikäfer“.

im Park, Luisenstr. 22, 59425 Unna-Königsborn, Anmeldungen sind erforderlich unter: 0 23 07/27 93 92 beim Vorsitzenden oder bei jedem anderen Vorstandsmitglied und über E-Mail bei der Kreisgruppe.

## GdP aktiv

1. 12., GdP-Wintermärchen mit Tannenbaumschlagen und Nikolaus. Porbecker Hof, In der Porbecke 15, 45529 Hattingen, Infos und Anmeldung bei Koll. Steffi Bauer, Tel.: 02 11/2 91 01 10

2. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13.00 Uhr, Restaurant Vierjahreszeiten

(ehemals Schützenhof), Dammstr. 33, Werdohl

5. 12., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Dortmund, 14.30 Uhr, Signal-Iduna-Versicherung, Saal 152, Alter Mühlenweg 78, 44139 Dortmund

10. 1., Bezirksverbandstag BV Arnberg, Holzwickede

15. 1., Skat- und Knobelturnier der Kreisgruppe Soest, 18.00 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstr. 1, Bad Sassendorf

21. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17.00 Uhr, Restaurant Ortwein, Bökenförder Str. 18, Lippstadt

## NACHRUFE

Ilse Arndt	1. 8. 1917	Essen/Mülheim	Hedwig Mathis	3. 9. 1921	Recklinghausen
Michael Balczowait	3. 1. 1973	Regio Köln	Rudi Michelewitz	11. 11. 1933	Bochum
Herta Bastan	20. 1. 1912	Köln	Heinrich Palmer	15. 7. 1919	WSP NRW
Melitta Braun	10. 10. 1957	Selm	Annelore Preising	15. 10. 1935	Herford
Theo Coersten	13. 11. 1957	Neuss	Heinrich Riechmann	30. 5. 1931	Bielefeld
Jürgen Cramer	9. 7. 1961	Rhein. Berg. Kreis	Dieter Röthemeier	23. 10. 1950	Minden-Lübbecke
Günter Eberle	12. 1. 1936	Minden-Lübbecke	Gertrud Schulte	19. 3. 1922	Lippe
Erika Esdar	12. 1. 1927	Bielefeld	Hildegard Schürmann	16. 3. 1924	Dortmund
Hans Feger	4. 11. 1922	Oberhausen	Irene Symanzik	12. 9. 1921	Hagen
Hartmut Förster	13. 12. 1937	Regio Köln	Josef Vogel	27. 6. 1926	Bonn
Alfons Gonstalla	29. 8. 1926	Märkischer Kreis	Gerhard Vogelsang	22. 7. 1936	AP Münster
Norbert Janowski	9. 7. 1941	Dortmund	Hedwig Vogt	18. 12. 1919	Borken
Klara Jürgens	25. 3. 1919	Bergisches Land	Hans Werner Voß	14. 5. 1946	Paderborn
Heinrich Jütte	27. 1. 1923	Essen/Mülheim	Adolf Wahl	11. 8. 1928	Hagen
Horst Kersten	16. 5. 1932	Bochum	Frank Walkmann	20. 12. 1965	Lippe
Ursula Knittel	17. 10. 1931	Dortmund	Gerhard Wegner	22. 2. 1931	Essen/Mülheim
Rosa Kohnen	11. 9. 1925	Aachen	Ernst Winkels	24. 3. 1935	Mönchengladbach
Hans H. Leppkes	25. 10. 1951	Duisburg	Manfred Winter	3. 10. 1942	Euskirchen
Rudolf Lück	31. 1. 1950	Düsseldorf	Elisabeth Wittwer	12. 11. 1920	Oberhausen

